

lehnt. Ein sofortiges Abschalten der Atommeiler

hätte schwerwiegende energiepolitische, gesamtwirtschaftliche und soziale Folgen. Nach Auffassung der Regierung käme ein sofortiges Abschalten nur dann in Betracht, wenn eine akute Gefahr durch den Betrieb deutscher Kernkraftwerke gegeben wäre.

Lapidar heißt es dann: „Dies ist jedoch nicht der Fall.“ Immerhin könnte es dazu kommen: „Der Nachweis absoluter Sicherheit kann bei den zur Zeit üblichen Kernkraftwerkskonzepten für kommerzielle Kernkraftwerke grundsätzlich nicht erbracht werden.“

Am Freitagmorgen im Koalitionsgespräch nahm sich CDU-Generalsekretär Heiner Geißler der Gutachtenpleite in bewährter Manier an – mit Folgen für Bangemann und seinen Energiebericht. Die Vergabe eines Auftrags an ein „grünes Institut“ erscheint aus Geißlers Sicht geradezu absurd. Der CDU-General über Bangemanns Streben nach Erkenntnis: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber.“

Kohls Kabinettskalb, gerade aus Peking nach Bonn zurückgedüst, erhielt auf Verlangen des CDU-Mannes sogleich einen Dringlichkeitsauftrag. Damit die Regierung wieder in die Offensive kommt, muß der Minister seinen Energiebericht schon bis zum 24. September abliefern – und bis dahin, früher als geplant, auch die leeren Seiten über den Brüter von Kalkar und die Zukunft der Nuklearenergie mit Text und Leben erfüllen.

SPD

Heidi for Öhi

Vom Juso-Schreck zur Präsidiums-Kandidatin – Heidi Wiecek-Zeul will in die SPD-Spitze.

Heidi, ich muß dir eine gute und eine schlechte Nachricht übermitteln“, begrüßte am vorigen Dienstag der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europa-Parlament, der frühere Frankfurter SPD-Oberbürgermeister Rudi Arndt, in der Main-Metropole die Europa-Abgeordnete Heidemarie Wiecek-Zeul. Die schlechte: Bei der Veranstaltung müsse sie leider ganz außen Platz nehmen. Die gute: „Du sitzt ganz dicht am Rednerpult.“

Arndt hat recht. Immer so nahe wie irgend möglich am Geschehen zu sein, dort zu sein, wohin Kameras und Mikrophone zielen, entspricht seit jeher einem dringenden Bedürfnis der SPD-Linken. Schon vor acht Jahren ermittelten sie die Allensbacher Demoskopen als bekannteste Nachwuchspolitikerin der Republik, vor Klaus von Dohnanyi (SPD), heute Bürgermeister in Hamburg, und dem FDP-Vorsitzenden und Wirtschaftsminister Martin Bangemann. Mit roter Mähne und kurzem Rock beglei-

sterte die „rote Heidi“, Juso-Vorsitzende von 1974 bis 1977, auf Parteitag und Konferenzen ihre Anhänger und verschreckte zugleich die Bürger, darunter auch Sozis, als sie an die tausend Unternehmen vergesellschaften und keinem Bundesbürger mehr als fünftausend Mark Einkommen zugestehen wollte. Kein SPD-Würden- oder -Amtsträger, mochte er Willy Brandt, Helmut Schmidt oder Hans-Jochen Vogel heißen, war in den Siebzigern vor dem Schandmaul der red beauty aus Rüsselsheim sicher. „Zoff“ – das war ihr Lieblingswort.

Diese Frau, inzwischen fast 44 Jahre alt, noch immer vorn mit Hirn, Charme und Poleme, drängt weiter nach oben:



Heidi Wiecek-Zeul beim Nürnberger SPD-Parteitag
Kampf gegen Männer

Sie ist auf dem Weg, als Sozialdemokrat aus der Generation der aufsässigen 68er in den obersten Führungszirkel der ältesten deutschen Partei vorzustoßen, ins elfköpfige Präsidium der SPD. Wenn der auf dem Nürnberger Parteitag neu gewählte Vorstand den nächsten roten Elferat kürt, ist an der Kandidatur von Heidi Wiecek-Zeul nicht mehr zu zweifeln: „Interesse, das zu machen, habe ich schon.“

Noch vor zwei Jahren hatte sie einen Vorschlag von Oskar Lafontaine als „idiotisch“ zurückgewiesen, sie möge sich als Signal für den Vormarsch der jungen Linken fürs Präsidium bewerben.

Unterstützung findet sie heute bei Frauen und bei jüngeren Genossen aus der linken Mitte der Partei – eine besonders erfolgreiche Gruppe auf dem Nürnberger Jubelfest für den Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Die engagierte Arbeit

der Abgeordneten Wiecek-Zeul im Straßburger Europa-Parlament – auf Brandts Betreiben kandidierte sie 1979 erfolgreich und kümmert sich dort vorrangig um Außenwirtschafts-, Dritte-Welt- und Frauenfragen – brachte ihr inzwischen auch Anerkennung bei der SPD-Prominenz ein.

Öhi Willy Brandt hat der „Enkelin“ Heidi längst verziehen, daß sie ihn noch vor seinem Kanzlersturz im Jahre 1974 wegen seines Maßhalteappells an die Arbeitnehmer angerempelt hatte. Auch Hans-Jochen Vogel hat inzwischen „keine Probleme“ mehr mit der Dame, der er als jusofressender Bundesminister unterstellt hatte, sie laufe „Amok“. Sie selber erinnert sich noch gut daran, daß in den Jahren ihres Juso-Vorsitzes keine Woche vorübergegangen sei, „in der ich nicht nach München gereist bin, um irgendein Parteiordnungsverfahren auszutreten, das der Vogel gegen uns Jusos inszeniert hatte“.

Daß der Fraktionsvorsitzende das Kriegsbeil inzwischen wirklich begraben hat, mag sie freilich erst seit einem Jahr glauben. Damals war sie erstmals unter vier Augen bei Vogel in dessen Bonner Bundestagsbüro. Dort unterlief ihr ein folgenschwere Patzer: Sie setzte sich auf jenen Stuhl, den normalerweise der pedantisch auf Ordnung pochende Gastgeber zu besetzen pflegt. Am Schluß des Gesprächs bedankte sich Vogel für die Kooperation: „Deswegen sehe ich es dir auch nach, daß du

auf meinem Stuhl gesessen hast.“ Für Heidi war's der „Abschluß eines langen Zwists“.

Auch Johannes Rau hat seinen Frieden mit der Linken gemacht, obwohl die Südhessin noch zum Jahresbeginn Wortführerin einer Bonner Klüngelrunde sozialdemokratischer Europa-Abgeordneter war, denen die „Versöhnen statt spalten“-Tour des Bruder Johannes gehörig gegen den Strich ging. Inzwischen berief der Kanzlerkandidat seine einstige Kritikerin sogar in jenes Zehnerteam, das über sein Regierungsprogramm nachdenken soll. Rau müßte sich erst dann wieder auf Krach mit dem flotten Hessenmädchen gefaßt machen, wenn er sich nach der Bundestagswahl weigern sollte, mit grüner Hilfe die Konservativen in Bonn aus der Macht zu hebeln.

Ihre Chancen, ins SPD-Präsidium gewählt zu werden, stehen nicht schlecht.

Der gelernten Lehrerin wird in der Partei zugute gehalten, daß sie sich nicht nur um ihr Europa-Mandat gekümmert, sondern sich auch in die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm gekniet habe. Fraktionsvize Volker Hauff: „Mein Urteil über sie ist rundum positiv.“

Bei den Parteirechten, auch in ihrem eigenen hessischen Landesverband gibt es nach wie vor Widersacher. Die einen kritisieren, daß sie selten zur Integration bereit sei. In Nürnberg habe sie sich als europapolitische Sprecherin aufgespielt und die zuständigen Euro-Genossen Gerd Walter und Rudi Arndt an die Wand gedrückt.

Andere in der Umgebung des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner werfen ihr Opportunismus in Frauensachen vor. Die ehemals rote Heidi habe sich erst auf die Zusammenarbeit mit SPD-Frauen besonnen, als sie gemerkt habe, daß ihre alte Juso-Masche bei ihren Geschlechtsgenossinnen nicht mehr zog. Damals hatte sie sich immer gegen eine besondere Frauenpolitik gewehrt und zum geschlechterübergreifenden Kampf für „politische Emanzipation“ aufgerufen. Sie hielt Anfang der 70er Jahre nichts von Ideen des SPD-Establishments, eine Quotenregelung einzuführen – heute eine Kernforderung sozialdemokratischer Frauen.

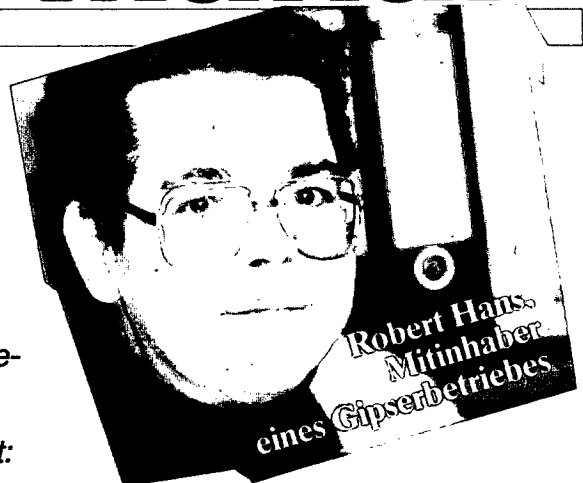
Ihre jetzige Kandidatur wird vom Trend begünstigt. Bislang ist im SPD-Präsidium nur die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Herta Däubler-Gmelin vertreten, eine zur Parteilinken zählende Juristin. Aufgrund ihres schlechten Abschneidens bei den Vorstandswahlen in Nürnberg werden Hans Apel (Hamburg) und Hans Koschnick (Bremen) kaum wieder kandidieren.

Sollten beide Männer nicht ins Präsidium zurückkehren, könnten theoretisch, und darauf spekuliert die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), sogar zwei Frauen nachrücken: neben Wieczorek-Zeul auch die Sozialexpertin der Bundestagsfraktion, die frühere Ministerin Anke Fuchs. Die gebürtige Hamburgerin hat bereits Interesse angemeldet und dürfte – sollten die Hanseaten Apel und Koschnick ausscheiden – vor allem von nordischen Sozis unterstützt werden.

Es kann eng werden. Wenn beispielsweise Oskar Lafontaine, Wortführer der SPD-Linken und Hoffnung vieler Sozis für die Zeit nach Johannes Rau, seinen Anhängern nachgibt und kandidiert, müßte wohl eine der beiden Frauen auf der Strecke bleiben. Heidi Wieczorek-Zeul würde in diesem Fall dennoch antreten. Sie verstünde dann ihre Kandidatur nicht als Duell mit Anke Fuchs, sondern als Kampf gegen männliche Konkurrenten: „Die Wahl ist geheim, auf die Spekulation Frau gegen Frau lass' ich mich nicht ein.“

So einfach ist das für Heidi Wieczorek-Zeul. Ihre Ziele sind weit gesteckt. In Hessen-Süd ist die derzeitige stellver-

„Das verdanken wir doch alles der schwarzen Mafia!“



Robert Hans, Mitinhaber eines Gipser-Betriebes in Taufkirchen, ist sauer. Warum, das erklärt er besser selbst:

„Ich habe in meinem Betrieb 30 Angestellte, mit denen bin ich sehr zufrieden. Wir leisten gute, ehrliche Arbeit. Aber langsam treibt mich die illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit in große Schwierigkeiten. Aufträge gehen verloren, weil die Illegalen billiger sind. Die soziale Sicherheit meiner ehrlichen Leute ist in Gefahr, wenn wir diese skrupellosen Egoisten, die sich auf unserem Rücken dumm und dämlich verdienen, nicht bald stoppen. Ich will meinen Leuten das unter allen Umständen ersparen. Ist doch klar!“



Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit bedrohen die soziale Sicherheit. Sie gefährden ehrliche Arbeitsplätze – dem Staat und den Sozialversicherungen gehen Einnahmen verloren. Ehrliche Bürger müssen tiefer in die Tasche greifen. Allen, an diesen schmutzigen Geschäften Beteiligten, ist der Kampf angesagt: Illegalen Verleiher, unehrliehen Arbeitgebern und illegal tätigen Arbeitnehmern. Ihnen drohen hohe Geldbußen oder sogar drakonische Freiheitsstrafen. Sie riskieren Verurteilungen wegen Betruges und Hinterziehung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

AKTIONS-GEMEINSCHAFT  **EHRLICHE ARBEITSPLÄTZE**

Bundesanstalt für Arbeit · Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
Bundesministerium der Finanzen · Die Arbeitsminister und Senatoren für
Arbeit der Länder · Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Zentralverband des Deutschen Handwerks · Deutscher Gewerkschaftsbund
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft · Spitzenverbände der Sozialversicherung

retende Bezirksvorsitzende bereits im Gespräch, demnächst den glücklosen Bezirkschef und Börner-Minister Willi Görlach zu beerben und damit ihre Machtposition in der SPD gehörig zu untermauern. Auf Platz vier der hessischen Landesliste abgesichert, wird sie nach dem 25. Januar 1987 als Europa-Spezialistin in den Bundestag einziehen. Ihr Straßburger Mandat will sie niederlegen.

Es war der Hannoveraner Altlinke Peter von Oertzen, der einmal sagte: „Wenn diese Partei in absehbarer Zeit mal einen weiblichen Vorsitzenden haben sollte, käme nur Heidi in Frage.“

ASYL

Nach Gusto

Über Asyl spricht die Union mit gespaltener Zunge.

Verhalten, aber unmißverständlich machte Helmut Kohl seinem Unmut über die Asylrechtsdebatte in der Union Luft. Es sei „ganz wichtig“, so der Kanzler und Parteivorsitzende am vergangenen Freitag vor dem CDU-Bundesauschuß, „daß wir das, was wir für richtig halten, den Menschen auch in der richtigen Sprache nahebringen“.

Und da sei nun „keineswegs alles nützlich und hilfreich“ gewesen, was „bis in die letzten Tage“ zum Thema gesagt wurde – Anspielung auf den Alleingang der Unionsabgeordneten Werner Broll und Hermann Fellner, die zwei Tage zuvor offen für die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl plädiert hatten.

Dann schrieb Kohl seiner Partei ins Stammbuch, was er für richtig hält. Das deutsche Asylrecht habe „seinen historischen Grund“ in der „bitteren Erfahrung der Nazibarbarei“. Für die Union bleibe es dabei: „Wer politisch verfolgt wird, muß in dieser freien Bundesrepublik seine Heimstatt finden.“

Da gab es Beifall im großen Sitzungssaal des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses. Und es klatschte auch CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger, obwohl er vor Beginn des „kleinen Parteitages“ ein Redemanuskript hatte verteilen lassen, das im Gegensatz zu den moderaten Kohl-Tönen stand. Kernsätze:

▷ „Nur wir gewähren jedem der fünf Milliarden Ausländer für den Fall seiner politischen Verfolgung – und das betrifft heute viele Millionen – ein durch unsere Verfassung garantiertes Grundrecht auf Asyl in der Bundesrepublik Deutschland.“

▷ „Nur wir geben jedem der fünf Milliarden Ausländer das Recht, sein angebliches Asylrecht vor deutschen Gerichten gegen uns durchzusetzen, was mehrere Jahre dauert.“

„Diese deutsche Sonderrolle“, so der Dregger-Text weiter, „halten wir nicht durch.“ Nur mit einem „auf eng umgrenzte Fälle politischer Verfolgung“ be-

schränkten Asylrecht könne verhindert werden, „daß unser Land zum Magnet wird für alle, die glauben, bei uns besser leben zu können als zu Hause“.

Kohl und seine Helfer waren ahnungslos. Der Kanzler hatte nach seiner Rede schon wieder neben Dregger auf der Vorstandstribüne Platz genommen, als Journalisten seinen Berater Eduard Ackermann auf den brisanten Text aufmerksam machten. Eilends brachte Ackermann das Manuskript zum Chef, der es kopfschüttelnd las.



Kohl, Dregger
Konflikt vermieden

Inzwischen hatte wohl auch der Fraktionsvorsitzende gemerkt, daß ein Ungezwir drohte. Beschwichtigend redete er auf Kohl ein – und bewies dann in der Bütt seine Biegsamkeit.

Den Satz, daß sich „mit dem Zauberwort ‚Asyl‘ jeder Mensch der Erde einen mehrjährigen kostenlosen Aufenthalt in der Bundesrepublik verschaffen“ könne, mochte sich Dregger zwar nicht verkneifen. Im übrigen aber schwenkte er auf Kohl-Linie: „Ich unterstütze, was der Kanzler gesagt hat.“

Wenn auch so der offene Konflikt gerade noch vermieden werden konnte – ihre Vielzüngigkeit in der Asylrechtsfrage hat die Union letzte Woche wieder eindrucksvoll demonstriert.

Da ist Kanzler Kohl, der sich in der Erkenntnis, daß weder der Koalitions-

partner FDP noch die SPD-Opposition für eine Grundgesetzänderung zu haben sind, aufs Machbare beschränkt.

Im Koalitionsgespräch am Freitagmorgen vereinbarte er mit den Liberalen, die beschlossenen Maßnahmen – vom bis zu fünfjährigen Arbeitsverbot bis zu Sanktionen gegen Fluggesellschaften, die Ausländer ohne Einreisepapiere ins Bundesgebiet schaffen – als Initiativanträge der Fraktionen einzubringen.

„Erst wenn das alles nichts nützt“, so der CDU-Chef kurz darauf vor den versammelten Parteifreunden, müsse überlegt werden, ob dem „Mißbrauch des Asylrechts“ mit einem „Vorschaltgesetz“ beizukommen sei.

Genau das freilich steht heute schon als Forderung im Entwurf des gemeinsamen Wahlkampfprogramms von CDU und CSU, das der kleine Parteitag verabschiedete: „Wir wollen... den Artikel 16 des Grundgesetzes ergänzen durch einen Gesetzesvorbehalt, der ein Ausführungsgesetz ermöglicht, das die Wahrnehmung des Asylrechts auf die wirklich politisch Verfolgten beschränkt.“

Daß diese – von der FDP, aber auch von der Evangelischen Kirche in Deutschland (siehe Seite 106) strikt abgelehnte – Grundgesetzänderung längst nicht das letzte Wort ist, hatten am vergangenen Mittwoch die innenpolitischen Sprecher Broll (CDU) und Fellner (CSU) der deutschen Öffentlichkeit vorgeführt. Beide plädierten dafür, die Grundgesetz-Bestimmung „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ durch die unverbindliche Formulierung „Die Bundesrepublik gewährt Asyl“ zu ersetzen. Damit wäre, erläuterte Broll, „das Individualrecht abgeschafft, nicht aber die Verpflichtung des Staates, politische Flüchtlinge aufzunehmen“. Und über das Ausmaß dieser Verpflichtung könne dann anstelle der Gerichte, ergänzte Fellner, ein „Prüfungsgremium oder Beschwerdeausschuß“ entscheiden – Asyl nach Gusto.

Auf Drängen des empörten Kanzlers mußten die beiden Abgeordneten schon wenige Stunden nach ihrem Auftritt eine Erklärung zu „mißverständlichen Pressemeldungen“ nachschieben: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht dazu, daß bei allen Diskussionen um eine Änderung des Asylrechts das im Grundgesetz garantierte Asyl für politisch Verfolgte nicht angetastet wird.“

Sogar die CSU distanzierte sich vom Parteifreund Fellner, der, so Sprecher Godel Rosenberg, ohne Absprache seine Privatmeinung geäußert habe; für die Christsozialen gälten die vom Vorsitzenden Franz Josef Strauß aufgestellten Grundsätze.

Die freilich unterscheiden sich in ihrer Wirkung kaum von den Anregungen Fellners. Auch Strauß möchte die gerichtliche Nachprüfung von Asylerscheidungen abschaffen, und sein Textvorschlag für einen neuen Grundgesetz-